

Debatte im Finanzsektor über Dekret gegen Antifa

New York. Das Dekret des US-Präsidenten Donald Trump, wonach »die Antifa« als »terroristische Organisation« einzustufen ist, könnte zur Folge haben, dass der gesamte Finanzsektor der Vereinigten Staaten sich von Kunden trennt, die als »progressiv« gelten, wie das Finanzmagazin *American Banker* mit Sitz in New York am 22. Oktober online berichtete. Das betreffe vor allem sogenannte Non-Profit-Organisationen. Banken mit starken Verbindungen zu Gruppierungen mit linksgerichteten Anliegen sollten demnach besonders besorgt sein. Viele könnten sich vor Gericht wehren, vermutete der Branchenkenner Todd H. Baker vom Richman Center der staatlichen Columbia-Universität gegenüber dem Blatt. »Jede Bank muss sich Sorgen machen«, auch wenn der Fokus der Regierung darauf liegen werde, »die größten Banken dazu zu bewegen, Kunden, die die Regierung für unerwünscht hält, auf möglichst öffentliche Weise loszuwerden«, sagte Baker und nannte Finanzinstitute wie die Amalgamated Bank und die Beneficial State Bank als mögliche Betroffene, da sie »eine relativ große Anzahl sogenannter ›progressiver‹ gemeinnütziger Organisationen in ihrem Kundenstamm« hätten. »Nur gemeinnützige Organisationen zu betrachten, wäre wahrscheinlich zu aufwendig«, gab Carleton Goss, ehemaliger Anwalt beim Amt des staatlichen Währungsbeauftragten, gegenüber *American Banker* zu bedenken. Aber Banken könnten überprüfen, »ob sie Personen beschäftigen, die nachweislich Verbindungen zur Antifa haben«, sagte Goss. Der Finanzjurist betonte, Banken sollten sich auf »realisierbare, zielgerichtete Maßnahmen konzentrieren«, statt breit angelegte Untersuchungen durchzuführen. Als Beispiel nannte er die Verwendung von Stichwortsuchen, anstatt alle gemeinnützigen Organisationen zu überprüfen.(jW)

<https://www.jungewelt.de/artikel/511382.debatte-im-finanzsektor-über-dekret-gegen-antifa.html>